

Protokoll Netzwerk gegen Diskriminierung am 25.05.2016 im Gewerkschaftshaus

Teilnehmer_innen: Hilke Wiezoreck (Senatorin für Soziales/Integrationsreferat), Kai Baumann (Büro des Landesbehindertenbeauftragten), Ursel Gerdes (ADE), Brigitte Diekmann-Karg und Jana Drallmeyer (ZGF), Wilhelm Winkelmeier (SelbstBestimmt Leben), Caro Schulze (Rat und Tat), Ekkehard Grimm (Seniorenvertretung), Sewita Mebrahtu (ADA/Koordination des Netzwerkes)

1. Genehmigung des Protokolls vom Treffen am 24.02.2016

Das Protokoll ist bis auf zwei Veränderungen im Punkt 1 genehmigt worden:

- TOP 1 – ZGF - letzter Gedankenpunkt:

Ein gerade wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit von Bärbel und ihrer Kollegin Margaretha Kurmann (Gewalt gegen Frauen) ist die Entwicklung eines Schutzkonzeptes für geflohene Frauen, das in Zusammenarbeit mit **der SJFIS, dem Sfl und** dem Präventionszentrum der Polizei entwickelt wird und Teil des Integrationskonzeptes werden soll.

- TOP 1 – ADA - letzter Gedankenpunkt:

Das **Bremer Forum Diversity plant am 7. Juni** am Diversity-Tag **eine Veranstaltung, bei der ADA angefragt wurde einen Workshop über die Rechte von Mitarbeitenden nach dem AGG zu halten.**

2. Berichte zur aktuellen Arbeit der Netzwerkkolleg_innen im Bereich Antidiskriminierung

Senatorin für Soziales/Integrationsreferat:

- Im Auftrag des Senats wird ein Gewaltschutzkonzept für die Sicherheit von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften entwickelt. Hilke erwähnt zudem die Notwendigkeit, die schutzbedürftige Personengruppe um LSBTQ-Menschen zu erweitern.
- Nach der Teilnahme an der Fortbildung zu Beschwerdestellen am 18./19.1.2016 planen AGG-Beauftragte des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit Hilke, für sich eine Schulung im August 2016 zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und zum Umgang mit Beschwerden.

Büro des Landesbehindertenbeauftragten:

- In einem mehrsprachigen Flyer werden acht Bremer Beratungsstellen für Menschen mit Behinderung vorgestellt. Hintergrund ist, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte das Beratungssystem in Bremen näherzubringen. Kai berichtet, dass der Flyer am Vortag des Netzwerktreffens in den Druck ging.
- Das Büro des LBB wirkt derzeit an der Überarbeitung des Referentenentwurfs zum Bundesteilhabegesetz mit.
- Kai weist außerdem auf folgende Veranstaltungen in der zweiten Jahreshälfte hin:
 - Gemeinsam mit dem Büro des Landesbehindertenbeauftragten und dem Martinsclub Bremen e.V. veranstaltet die Bremische Landesmedienanstalt einen Fachtag zum Thema Medienkompetenz und Behinderung am 26. August 2016 im m|Centrum.
 - Vom 3. August 2016 bis zum 5. September 2016 wird in der Unteren Rathaushalle die Wanderausstellung „erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“ zu sehen sein. Das Team des Landesbehindertenbeauftragten beteiligt sich am Begleitprogramm zur Ausstellung.

- Am 1. September richtet der LBB gemeinsam mit SelbstBestimmt Leben, der LAGS sowie dem Werkstatttrat im Kwadrat die Veranstaltung "Ausgrenzung und Verfolgung behinderter Menschen während der NS-Zeit" aus.
- Im November ist eine Veranstaltung für Geflüchtete mit dem Themenkomplex Migration und Behinderung angedacht.
- Für die Veranstaltung gemeinsam mit dem Bremer Institut für Gender-, Arbeits- und Sozialrecht (BIGAS) am 7. September 2016 zu „10 Jahre AGG – eine Bilanz und ein Ausblick unter besonderer Berücksichtigung der Behindertenrechtskonvention und des Rechts der EU“ (Arbeitstitel), bietet das Büro des LBB die Möglichkeit zur (kostenlosen) Kooperation mit dem Netzwerk gegen Diskriminierung an.

ADE:

- Die ADE hatte eine halbe Stelle ausgeschrieben. Es gab einen guten Rücklauf an Interessierte (58 Bewerber_innen).
- Aufgrund des hohen Aufkommens an Beratung regt Ursel an, zu einem späteren Zeitpunkt das Thema Verweisstrukturen innerhalb des Netzwerkes pragmatisch anzugehen.
- Die ADE überlegt für das kommende Jahr Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu einem Schwerpunkt zu machen.

ZGF:

- Die ZGF ist an der erwähnten Entwicklung eines Gewaltschutzkonzeptes für geflüchtete Frauen zentral beteiligt.
- Brigitte berichtet über den Entwurf der überarbeiteten Dienstanweisung zu sexualisierter Diskriminierung des Landes Bremen. Brigitte berichtet über den Entwurf der überarbeiteten Dienstanweisung zu sexualisierter Diskriminierung des Landes Bremen. Vertreter_innen der ZGF, der ADE, der Senatorin für Finanzen und des GPR haben gemeinsam einen Änderungsentwurf entwickelt, der nun der Senatorin für Finanzen vorliegt. Die vorherige Dienstanweisung hatte zu Unsicherheiten in der Praxis (bei den Dienststellen) geführt.

SelbstBestimmt Leben:

- Wilhelm verweist auf die Veranstaltung „Ausgrenzung und Verfolgung behinderter Menschen während der NS-Zeit“ am 1. September 2016 gemeinsam mit dem Büro des LBB, der LAGS sowie dem Werkstatttrat im Kwadrat.

Rat und Tat:

- Anlässlich des Internationalen Tages gegen Homo- und Transphobie (IDAHOT) hat das Rat und Tat Zentrum am 18. Mai gemeinsam mit der `reisenden werkschule scholen e. v.´, der evangelischen Immanuel-Gemeinde Bremen-Walle und der Gleichstellungsstelle der Bremischen Evangelischen Kirche eine Talkrunde mit dem Titel „LGBTIQ*-Geflüchtete zwischen Asyl und Homophobie“ ausgerichtet. Ziel der Veranstaltung war es, über Fluchtgründe und Fluchtursachen bei LGBTIQ*-Menschen zu informieren.
- Für die Umsetzung des Landesaktionsplanes gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen wird überlegt, dem Rat und Tat Zentrum die Umsetzungsbegleitung zu übertragen. Darüber wird derzeit im Sozialressort abgestimmt. Voraussichtlich soll sodann mit dem Bereich „Migration und Transgender“ begonnen werden.

Seniorenvertretung:

- Ekkehard merkt an, dass die Seniorenvertretung den Eindruck hat, dass die Themen in den vorherigen Netzwerktreffen kaum Bezüge zum Thema „Alter“ haben. So seien Themen wünschenswert, die merkmalsübergreifend sind, wie zum Beispiel Überlegungen zu Interventionsmöglichkeiten im Falle einer Diskriminierung. Konkret berichtet Ekkehard über ein älteres Paar, welches in einem Mehrfamilienhaus lebt. Dort erleben sie Schikane/Drangsalierungen und erhalten keine Unterstützung innerhalb der Mieterschaft. Auch eine Intervention durch die Seniorenvertretung sei nicht fruchtbar gewesen. Hilfreich sei daher, die Aufarbeitung solcher Fälle im Netzwerk bzw. ein Austausch/Überlegungen zu Handlungsmöglichkeiten und Verweisstrukturen.

ADA

- Sewita informiert über die anstehende ADA-Veranstaltung/Podiumsdiskussion „kein Deutsch, keine Leistung!“ und über das hohe Beratungsaufkommen bei ADA. Ähnlich wie Ursel und Ekkehard spricht sie auch über einen Bedarf an Verweisstrukturen.

3. Bremer Integrationswoche (5. – 10. September 2016)

In diesem Jahr werden die unterschiedlichen Veranstaltungen und Aktionen innerhalb der Bremer Integrationswoche (5. – 10. September 2016) in Themenakzente untergliedert. Die Teilnehmenden des Netzwerktreffens besprechen eine mögliche gemeinsame Aktion im Themenakzent „Antidiskriminierung“. Das Format eines Informationsstandes an einem zentralen Ort, wie etwa an der Sögestraße, vor dem Hauptbahnhof oder am Marktplatz wird von Sewita vorgestellt. Die Idee ist, Informationsmaterial der Netzwerkeinrichtungen bereitzustellen und Passant_innen über Beratungsangebote zu informieren. Der Stand könne wahlweise an einem Tag innerhalb der Integrationswoche aufgestellt werden oder täglich mit wechselndem Material (zum Beispiel Tag 1: Antidiskriminierung und Geschlecht; Tag 2: Antidiskriminierung und Behinderung, ...) ausgerichtet sein. Hierfür können Kolleg_innen aus den Einrichtungen am Informationsstand über ihre Angebote berichten, während Sewita über Antidiskriminierung im Allgemeinen informiert.

Das Format wird im Wesentlichen von allen Teilnehmenden des Netzwerktreffens begrüßt. Für die konkrete Ausgestaltung und Feinplanung werden folgende (Änderungs-) Vorschläge gemacht:

- Ursel spricht sich für ein tägliches Angebot während der Integrationswoche aus. Aufgrund von begrenzten zeitlichen Ressourcen der Einrichtungen und einer möglichen Verengung - sollte es nur einen Schwerpunkt am Tag geben - schlägt Ursel vor, keine starren Themenschwerpunkte vorab festzulegen. So wird ein thematischer Ausschluss vermieden und bei der Abfrage einer möglichen Beteiligung der Netzwerkmitglieder Flexibilität gewährleistet. Dies wird von allen befürwortet.
- Caro merkt an, dass das Rat und Tat Zentrum mit der Verteilung von Informationsmaterial am Bahnhofsplatz keine guten Erfahrungen gemacht habe. Dies besonders deshalb, weil dort Passant_innen eher „auf dem Sprung“ sind und sich kaum Zeit für Informationen nehmen wollen/können. Daher entscheiden wir uns, den Informationsstand am Marktplatz aufzustellen.
- Für den Fall, dass es während der Integrationswoche schlechtes Wetter gibt, schlägt Hilke vor, die Überdachung vor dem „europapunkt“ zu nutzen. Sie wird dafür, bei den zuständigen Personen nachfragen. Sewita bietet an, sich um die Genehmigung zur Aufstellung von Straßenständen zu kümmern.

- Brigitte fügt an, dass aufgrund vielfältiger Informationsmaterialien der ZGF zu überlegen ist, welches Material zur Verfügung gestellt wird und wie das (tägliche) wiederauffüllen von Materialien erfolgen soll. Zwar sollen sich die Einrichtungen selbst um das wiederauffüllen kümmern, allerdings bietet Kai an im Büro des LBB nachzufragen, ob das nötige Equipment für den Stand und das Informationsmaterial während der Integrationswoche gelagert werden kann. Da Hilke ohnehin im „europapunkt“ wegen des Standortes anfragt, wird sie die Frage der Lagerung dort mitanbringen, sodass wir auf das Angebot von Kai zurückkommen, sofern eine Lagerung im „europapunkt“ nicht möglich ist.
- Um auf den Informationsstand aufmerksam zu machen, regt Ekkehard an, auf einem Banner (Roll up) oder einem Plakat beschrifteten Antidiskriminierungslogan zu arbeiten. Eine mögliche Überlegung ist, den Titel unseres Netzwerkflyers „Werden Sie diskriminiert?!“ auf einen Banner zu drucken. Allerdings gibt es keine einheitliche Zustimmung. Der Slogan wird in der nächsten Sitzung erneut aufgegriffen. Sewita wird den Rollup von ADA für die Integrationswoche bereitstellen. Hilke fügt hinzu, dass es speziell für die Integrationswoche neben dem Logo auch Plakate vom Integrationsreferat zur Verfügung stehen. Sie will abklären, ob die Plakate/Banner Platz bieten, um einen Slogan abzudrucken.
- Für den zeitlichen Rahmen setzen wir die Mittagszeit von 11 – 15 Uhr fest, beginnend am Dienstag 6. September 2016. Kolleg_innen (1-2 Personen) der einzelnen Einrichtungen können sich über einen online Terminplaner für mind. zwei Std. an einem favorisierten Tag während der Integrationswoche eintragen. Idealerweise sollten sich die Einrichtungen über die Tage gut verteilen, sodass die Bandbreite der Beratungsangebote des Netzwerkes über die ganze Woche erkennbar ist und wir eine Konzentration auf bspw. nur zwei Tage vermeiden.
- Sewita wird an allen Tagen da sein und sich um den Aufbau und die nötigen organisatorischen Bedingungen kümmern (Tische, Genehmigung, Aufsteller, etc.). Für einige Besorgungen wird sie ggfs. innerhalb des Netzwerkes anfragen.
- Die Aktion müsste spätestens am 20. Juni 2016 dem Integrationsreferat der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport mitgeteilt werden. Daher soll vorab eine Email mit den notwendigen Informationen an den Netzwerkverteiler verschickt werden, sodass bis zum 15. Juni 2016 Zeit besteht, eine Bestandsaufnahme über die Beteiligung der einzelnen Netzwerkeinrichtungen zu erhalten. Für die terminliche Abfrage wird ein online Terminplaner eingerichtet, auf dem alle Kolleg_innen Zugriff erhalten. Der Planer soll über foodle oder doodle organisiert werden. Kai bietet an, Sewita hierfür vorab einen Link zuzuschicken.

Für die weitere Planung wird am 3. August ein Netzwerktreffen stattfinden, bei dem wir die Ausgestaltung der Woche fortsetzen wollen.

4. Selbstverständnis des Netzwerkes

Wir nähern uns dem Selbstverständnis durch ein erstes gemeinsames Brainstorming entlang folgender Fragen an: Wofür steht das Netzwerk?; Was wollen wir erreichen (Ziele?); Wie wollen wir es erreichen?.

Wofür steht das Netzwerk?

- *Intersektionalität*
Das Netzwerk besteht überwiegend aus Einrichtungen, die sich auf ein Diskriminierungskriterium spezialisiert haben. Aufgegriffen wird daher das Verständnis eines Zusammenschlusses, welches „Raum“ für den Diskurs hinsichtlich des Umgangs mit Überschneidung von Diskriminierungskriterien in einer Person öffnet, z.B. wenn eine Moslima aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Religion benachteiligt wird (Intersektionalität).
- *Vernetzung – Anregung durch (Informations-) Austausch*
Ferner wird die Vernetzung benannt. Durch den Zusammenschluss können über kurze Wege Informationen im Themenkomplex Antidiskriminierung in das Netzwerk hineingetragen werden. Der Austausch über Erfahrungswerte der einzelnen Einrichtungen z.B. in der Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit kann Impulse für die eigene Arbeit geben.
- *Begünstigende und unterstützende Kooperation*
Aufgegriffen wird außerdem die Möglichkeit der Kooperation bei Themen oder sachbezogenen Schnittmengen einzelner Einrichtungen bzw. des gesamten Netzwerkes. Neben Kooperationsformen wie gemeinsam ausgerichtete Veranstaltungen oder Veröffentlichungen, unterstützen sich Netzwerkmitglieder schon bereits darüber hinaus nach aussen hin, in dem sie sich gemeinsam positionieren und sich somit gegenseitig begünstigen (z.B. bei externen Veranstaltungen sich in der Argumentation „die Bälle zu spielen“).
- *Entgegenwirken der Hierarchisierung von Diskriminierungskriterien*
Die Vielfalt der unterschiedlichen Beratungsstellen (merkmalsübergreifend oder mit Schwerpunkt auf ein Diskriminierungskriterium) schafft eine Grundlage für eine gemeinsame horizontale Arbeit innerhalb des Zusammenschlusses.

Was wollen wir erreichen (Ziele)?

- Einig sind sich die Anwesenden darin, die **Netzwerkstruktur** wie sie derzeit gegeben ist, auch zukünftig **beizubehalten**.
- Ein weiteres Ziel wird formuliert, die **Beratungsangebote** des Netzwerkes bzw. seiner Mitglieder **bekannter zu machen**. Ein möglicher Zugang zu mehr Bekanntheit könnte in **der Schnittmenge „Mehrfachdiskriminierung“** liegen.
- Kontrovers diskutiert wird, ob sich das Netzwerk für eine ergänzende **Landesantidiskriminierungsstelle** einsetzen möchte. Fürsprecher_innen sehen darin eine im Interesse der Ratsuchenden gerichtete Antidiskriminierungsarbeit, da diese Stelle vor allen Beratung bei Mehrfachdiskriminierung leisten kann. In der Diskussion darüber wird ersichtlich, dass eine Landesantidiskriminierungsstelle als ergänzendes Angebot neben den Spezialisierungen von existierenden Beratungsstellen verstanden wird. Kritisch gesehen wird der Umstand, dass mit einer solchen Stelle ein Abschaffen/Wegsparen von bestehenden (staatlichen) Ressourcen einhergehen kann.
- Infolge der Diskussion taucht die Frage auf, wie bzw. ob eine konsensuale Einigung innerhalb des Netzwerkes bei unterschiedlichen Positionen oder mangels Partizipation (inaktive

Mitglieder) möglich bzw. notwendig ist. Da das Netzwerk keine Geschäftsordnung hat, bleibt die Frage erstmal ungeklärt.

Aus zeitlichen Gründen wird Punkt vier beendet und beim nächsten Netzwerktreffen fortgesetzt.

5. Verschiedenes

- Geklärt wird, ob das Gewerkschaftshaus als fester Treffpunkt genutzt werden soll. Da das Gewerkschaftshaus zentral gelegen und barrierefrei ist, stimmen die Anwesenden dem Vorschlag zu.
Die Idee des Rotierens ging seinerzeit mit der Vorstellung der einzelnen Einrichtungen in ihren Häusern einher. Daher bleibt die Einladung bestehen, die Vorstellungen verbleibender Einrichtungen fortzusetzen und wenn gewollt auch gerne in den jeweiligen Häusern.
- Brigitte und Hilke berichten über die letzte Abteilungsleiter_innensitzung im Sozialressort. Dort fragten sie an, ob es möglich sei, die Antidiskriminierungswebseite auch extern zu pflegen. Dies sei jedoch aufgrund der Zugriffsrechte nicht möglich. Überlegt wird, ob über staatliche Netzwerkmitglieder ein Zugang hergestellt werden soll.
- Angelehnt an den Bedarf an Verweisstrukturen innerhalb des Netzwerkes und darüber hinaus, wird angeregt, in einem späteren Netzwerktreffen dieses Thema in die Tagesordnung aufzunehmen.

6. Nächster Termin

3. August 2016 von 13.30 – 16 Uhr im DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28, Sitzungsraum 1 (1. Etage)

Protokoll: Sewita Mebrahtu